

# Eklat in TTIP-Debatte

## NS-Vergleich sorgte im Kreistag für Empörung

■ **Waldhessen.** Die CDU-Kreistagsfraktion hat in einer kurzfristig anberaumten Fraktionssitzung einstimmig beschlossen, den Vorsitzenden des Kreistags, Horst Hanich, zu bitten, eine Sitzung des Ältestenrats einzuberufen. Dort soll über die Entgleisungen des SPD-Abgeordneten Bernd Holzauer beraten werden.

Holzauer hatte in der Sitzung des Kreistages am Montag, als es um den Antrag der Linken gegen die Freihandelsabkommen CETA, TTIP und TISA ging, erklärt, dass er sich als erklärter Gegner der geplanten EU-Abkommen mit Kanada und den USA betrachte. Wörtlich sagte er: „CETA und TTIP sind keine

Freihandelsabkommen. Es sind Ermächtigungsgesetze für die Wirtschaft und nichts anderes. Sie schaffen die Demokratie ab, und wer diesem zustimmt, steht bei mir auf genau derselben Stufe wie die, die 1933 den Ermächtigungsgesetzen zugestimmt haben.“ Der CDU-Fraktionsvorsitzende Herbert Höttl stellt dazu fest, dass Holzauer mit dieser Formulierung den gemeinsamen Weg der Demokraten verlassen habe. Die CDU-Fraktion lasse sich nicht mit den Nationalsozialisten von 1933 auf eine Stufe stellen und sei gleichzeitig gespannt, wie die SPD-Kreistagsfraktion mit der Situation umgeht. Besonders schwerwiegend ist nach Ansicht von Höttl die

Tatsache, dass es keine einmalige Entgleisung gewesen ist – in einem Facebook-Post am Sonntag hatte Holzauer diesen Vergleich ebenfalls gezogen – und dass er sich auf Bitten des Kreistagsvorsitzenden weigerte, die Beleidigung zurückzunehmen.

Der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Wolfgang Kurth bekräftigt, dies sei ein nicht hinzunehmender Vorfall. „Ich kann mir eine weitere Zusammenarbeit mit Holzauer nur sehr schwer vorstellen und fordere ihn auf, sein Kreistagsmandat sofort niederzulegen, um weiteren Schaden von seiner Fraktion und dem Kreistag insgesamt fernzuhalten“, so Kurth.

Ebenso brachten die CDU-Kreistagsmitglieder Christian Stahl und Thorsten Bloß ihre Erschütterung über die Wortwahl Holzauers zum Ausdruck. „Eine solche Behauptung übersteigt in meinem Empfinden die in einer Demokratie durchaus erlaubte und gewünschte Zuspitzung von Redebeiträgen in der politischen Debatte bei weitem und verstößt darüber hinaus gegen alle demokratischen Gepflogenheiten“, erklärte Stahl. Bloß forderte Holzauers Rücktritt von allen Ämtern und werde in der nächsten Stadtverordnetenversammlung in Bebra beantragen, dass Holzauer dort sein Amt als Erster Stadtrat niederlegen solle.